

ERGEBNISNIEDERSCHRIFT
über die 11. Sitzung
der Regionalversammlung Südhessen (RVS)
(VIII. Wahlperiode)
am 28. Juni 2013

Tagungsort: Stadtverordnetensitzungssaal im Rathaus „Römer“ in Frankfurt am Main

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 16:25 Uhr

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

Obere Landesplanungsbehörde: Herr Regierungspräsident Baron
Herr stellvertretender Regierungsvizepräsident Richter
Herr Dr. Beck
Frau Güss
Herr Hartz
Herr Krämer

Schriftführerin: Frau Scheuermann

Tagesordnung:

1. Beschlussfassung über die Aufstellung eines sachlichen Teilplans erneuerbare Energien hier: Ergänzung der Ausschlusskriterien - **Drs. Nr. VIII / 14.8.2**
2. Bericht der Oberen Landesplanungsbehörde

Der Vorsitzende der Regionalversammlung Südhessen (RVS), **Herr Martin Herkströter**, begrüßte die Mitglieder und eröffnete die Sitzung. Er stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung der RVS form- und fristgerecht erfolgt ist. Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung wurden am 24.06.2013 im Staatsanzeiger für das Land Hessen veröffentlicht.

Herr Herkströter begrüßte Herrn Regierungspräsidenten Baron, Herrn stellvertretenden Regierungsvizepräsidenten Richter sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der oberen Landesplanungsbehörde. Hier galt sein Gruß insbesondere Herrn Bernd Hartz, der heute zum letzten Mal an einer Sitzung der Regionalversammlung Südhessen teilnimmt. Er dankte ihm - auch im Namen der RVS - für seine geleistete Arbeit und wünschte ihm für seinen weiteren Lebensweg alles Gute.

Herrn Guido Rahn gratulierte Herr Herkströter - auch im Namen der RVS - zu dessen fünfzigsten Geburtstag.

Anschließend stellte Herr Herkströter die Beschlussfähigkeit der Regionalversammlung fest.

Er teilte weiterhin mit, dass von der Geschäftsstelle folgende Unterlagen heute verteilt wurden:

Protokolle:

- Ausschuss für Umwelt, Energie und Klima vom 20.06.2013
- Haupt- und Planungsausschuss vom 21.06.2013
- Ältestenrat vom 21.06.2013

Anträge:

- der FDP-Fraktion vom 20.06.2013 - **Drs. Nr. VIII / 14.9**,
- der Fraktionen von SPD und DIE GRÜNEN vom 27.06.2013 - **Drs. Nr. VIII / 14.10**
- der CDU-Fraktion vom 28.06.2013 - **Drs. Nr. VIII / 14.11**

Herr Herkströter teilte weiterhin mit, dass der HPA beschlossen habe, die Beschlussfassung zu TOP 1 auf die RVS zu übertragen.

Gegen den Vorschlag von Herrn Herkströter, die drei vorliegenden Anträge unter TOP 1 zu behandeln, gab es keine Einwendungen.

Gegen die so ergänzte Tagesordnung gab es ebenfalls keine Einwendungen.

Zu TOP 1: Beschlussfassung über die Aufstellung eines sachlichen Teilplans erneuerbare Energien; hier: Ergänzung der Ausschlusskriterien - **Drs. Nr. VIII / 14.8.2**
Antrag der FDP-Fraktion vom 20.06.2013 - **Drs. Nr. VIII / 14.9**
Antrag der Fraktionen von SPD und DIE GRÜNEN vom 27.06.2013 - **Drs. Nr. VIII / 14.10**
Antrag der CDU-Fraktion vom 28.06.2013 - **Drs. Nr. VIII / 14.11**

Zu Beginn seiner Ausführungen verwahrte sich **Herr Berg (SPD)** gegen den in der HPA-Sitzung von den Fraktionen CDU und FDP geäußerten Vorwurf, seine Fraktion verzögere die Offenlage des Teilplans erneuerbare Energien. Aus Sicht der SPD-Fraktion gebe es noch offene Fragen, die vor Beginn der Offenlage geklärt werden müssten.

Anschließend begründete er den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und DIE GRÜNEN. Insbesondere wies er auf die durch die Häufung von Flugsicherungsanlagen in Südhessen entstehenden Probleme hin.

Herr Banzer (CDU) kritisierte das Verhalten der Fraktionen von SPD und DIE GRÜNEN, die mit für ihn unverständlichen Argumenten eine Offenlage des Teilplans erneuerbare Energien blockierten. Eine Ausweisung von Vorrangflächen mit Ausschlusswirkung werde von beiden Fraktionen wohl nicht mehr angestrebt. Weiterhin kritisierte er auch das Verhalten des Regionalverbandes, der in einem Brief an die FDP-Fraktion erklärt habe, dass dort der Teilplan erneuerbare Energien erst nach dem abschließenden Beschluss der LEP-Änderung final bearbeitet werde.

Für die Abstimmung des CDU-Antrages beantragte Herr Banzer die namentliche Abstimmung.

Herr Rock (FDP) vertrat die Auffassung, dass die Offenlage jetzt zwingend notwendig sei, da nur auf diesem Wege eine Stellungnahme der DFS zu erhalten sei. Desweiteren zeigte er kein Verständnis für das Verhalten des RV. Der RP haben im Anschluss an die HPA-Sitzung die erbetenen Unterlagen zeitnah den RVS-Fraktionen zur Verfügung gestellt. Für ihn sei es unverständlich, warum dies dem RV nicht möglich sei.

Herr Dr. Dapp (DIE GRÜNEN) führte aus, dass sich seine Fraktion nach wie vor für eine sinnvolle Steuerung von Windkraftanlagen einsetze. Um diese rechtssicher im Regionalplan verankern zu können, bedürfe es jedoch belastbarer Grundlagen. In der Anhörung zur LEP-Änderung im Hessischen Landtag am 8. Mai 2013 habe man nun aber erfahren müssen, dass das Windgutachten des TÜV Süd keine belastbare Grundlage darstelle. Der Gutachter selbst habe darauf hingewiesen, dass im Rhein-Main-Gebiet die Windgeschwindigkeit in der Regel 0,25 m/s höher sei als im Gutachten angegeben. Darüber hinaus seien die relevanten Anlagenhöhen (140 m) nicht mit der Realität abgeglichen worden. Aus Sicht der GRÜNEN sei es deshalb zwingend, dass das Gutachten überarbeitet werde. Er kritisierte weiterhin, dass es dem zuständigen Wirtschaftsministerium bisher nicht gelungen sei, beim Thema Flugsicherung verwendbare Abstimmungsergebnisse herbeizuführen. Offensichtlich habe man dieses Thema nicht ernst genug genommen. Zum Thema Eignungsgebiete verwies Herr Dr. Dapp darauf, dass auch das RP bereits im Rahmen des Anhörungsverfahrens zur Änderung des Landesentwicklungsplans die Einführung der Kategorie Eignungsgebiete

vorgeschlagen habe. Abschließend stellte Herr Dr. Dapp fest, dass seine Fraktion einer Offenlage des Teilplans erneuerbare Energien auf Basis des vorhandenen und für das Rhein-Main-Gebiet falschen Windgutachtens sowie angesichts der fehlenden Informationen der Flugsicherung nicht zustimmen könne.

Herr Baron berichtete, dass sowohl der Ministerpräsident als auch der Wirtschaftsminister sehr interessiert am Thema „Teilplan erneuerbare Energien“ seien. Bezugnehmend auf den SPD/DIE GRÜNEN-Antrag bat er zu bedenken, dass eine Nachbeauftragung bezüglich des Windgutachtens voraussichtlich sehr viel Zeit kosten würde. Er informierte, dass mit dem Wirtschaftsministerium vereinbart worden sei, dass im Rahmen der ersten Offenlage Kommunen eigene belastbare Windeinzelgutachten vorlegen könnten und dass diese gegenüber der Windkarte des TÜV Süd den Vorzug erhalten und eingearbeitet würden. Das sei ein pragmatischer Weg, die Situation jetzt voran zu bringen. Zum Thema DSF führte Herr Baron aus, dass für ihn die baldige Offenlegung des Teilplans und die damit verbundene Konfrontation der DFS mit diesem der richtige Weg sei, um konkrete Angaben der DFS zu erhalten. Sollte der Antrag von SPD und DIE GRÜNEN in der vorliegenden Form heute so beschlossen werden, werde man in eine Sackgasse kommen, da die beantragten Aussagen der DFS ohne eine Offenlage nicht zu erhalten seien. Er plädierte eindringlich dafür, die anerkannten Kriterien, d.h. die Drs. Nr. VIII / 14.8.2 heute zu beschließen. Dann hätten die Verwaltungen des RP sowie des RV Klarheit, nach welchen Kriterien gearbeitet werden soll, und sie könnten gemeinsam die Karten erarbeiten. Im Rahmen der Offenlegung könne sich dann auch die DFS hierzu äußern. Abschließend bat Herr Baron nachdrücklich darum, den vorliegenden Antrag nicht zu beschließen, sondern die Verwaltungen endlich arbeiten zu lassen, damit der Plan zeitnah offengelegt werden könne.

Herr Stüve (SPD) erläuterte das kritisierte Vorgehen des RV. Die Landesregierung habe am 27.06.2013 die LEP-Änderung beschlossen. Die Verwaltung des RV werde nun auf Grundlage dieses Beschlusses eine Vorlage für den Regionalvorstand erarbeiten. Parallel arbeite der RV auch mit dem RP zusammen. Ziel müsse es sein, auf der Basis gemeinsamer abgestimmter Vorlagen, die alle Gremien ordnungsgemäß durchlaufen haben, am Ende ein Konsensergebnis zu haben. Ein langwieriges Vermittlungsverfahren gelte es zu vermeiden.

Herr Schindler (SPD) stellte fest, dass Windkraft als eine Form der erneuerbaren Energieerzeugung unverzichtbar sei. Da seine Fraktion zu den Ergebnissen des Energiekonsenses stehe, sei die Ausschlusswirkung und die damit verbundene Vorrangflächengröße von 2 % unstrittig.

Weiterhin erinnerte Herr Schindler an seine im HPA geäußerte Bitte, das letzte Schreiben der DFS an Herrn Staatssekretär Saebisch den RVS-Mitgliedern zur Verfügung zu stellen. Abschließend beantragte Herr Schindler, die Beschlussfassung über die Drs. Nr. VIII / 14.8.2 zurück zu stellen.

Herr Banzer (CDU) forderte nochmals, dass der RV die Pläne, die Grundlage der Berechnung der genannten Gesamtvorrangflächengröße von 2,9 % gewesen seien, der RVS vorlegt.

Herr Urhahn (DIE GRÜNEN) kritisierte, dass die Ausführungen der Herren Banzer und Rock sich nicht mit der regionalen Situation beschäftigten. Deren Ausführungen machten deutlich, dass die Fraktionen von CDU und FDP nicht für eine Energiewende stünden.

Für die **FDP-Fraktion** machte **Herr Rock** deutlich, dass es sich bei der viel diskutierten Vorrangflächengröße von 2 % nur um einen politischen Richtwert handle und um keine zwingende Notwendigkeit. Wichtig sei ausschließlich, dass im Teilplan erneuerbare Energien ausreichend Vorrangflächen zur Verfügung gestellt würden, um einen rechtsgültigen Plan zu bekommen. Ziel seiner Fraktion sei es, dies mit dem geringsten Flaschenverbrauch zu erreichen.

Herr Herkströter ließ zunächst über den Antrag der SPD-Fraktion auf Zurückstellung der **Drs. Nr. VIII / 14.8.2** abstimmen.

Beschluss:

Die Regionalversammlung Südhessen stimmt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion der Zurückstellung der Drs. Nr. VIII / 14.8.2 mehrheitlich zu.

Anschließend ließ Herr Herkströter über den Antrag der FDP-Fraktion - **Drs. Nr. VIII / 14.9** - abstimmen.

Beschluss:

Die Regionalversammlung Südhessen lehnt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion den Antrag der FDP-Fraktion - Drs. Nr. VIII / 14.9 mehrheitlich ab.

Herr Herkströter ließ nun über den Antrag der Fraktionen von SPD und DIE GRÜNEN - **Drs. Nr. VIII / 14.10** - abstimmen.

Beschluss:

Die Regionalversammlung Südhessen stimmt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion dem Antrag der Fraktionen von SPD und DIE GRÜNEN - Drs. Nr. VIII / 14.10 - mehrheitlich zu.

Abschließend ließ Herr Herkströter über den Antrag der CDU-Fraktion - **Drs. Nr. VIII / 14.11** - namentlich abstimmen - siehe beiliegende Abstimmungsliste.

Beschluss:

Die Regionalversammlung Südhessen lehnt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion den Antrag der CDU-Fraktion - Drs. Nr. VIII / 14.11 mehrheitlich ab.

Zu TOP 2: Bericht der Oberen Landesplanungsbehörde

Herr Baron hatte nichts zu berichten.

Die nächste Sitzung der **Regionalversammlung Südhessen** findet am **Freitag, dem 6. September 2013** um **15:00** Uhr statt.

Der Vorsitzende der RVS



(Martin Herkströter)

Die Schriftführerin

gez.: Conny Scheuermann